

[illegible]

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Hormörs

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: EW 68, Lindenstr. 3

Hörnspreeher: Redaktion Morisplan 15195-97
Expedition Morisplan 11753-54

Donnerstag, den 15. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr.

Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Worchiplatz 11753-54

Einzelnenpreis:

Die schreibpolierte Apparatezelle kostet 6.— M. **„Aleine Einzelgen“** das festgedruckte Wort 2.— M. (gewöhnlich zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.— M. Stellungsgänge und Schließstellenanzeigen das erste Wort 1.— M. jedes weitere Wort 60 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Familienanzeigen für Vornamen je 200 Pf. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in Hauptgeschäfts Berlin SW 68, Lindenstraße 2, abgegeben werden. Schließen des Geschäfts 5 Uhr 30 Min. bis 5 Uhr 45 Min.

Reichskanzler Wirth flagt an.

Sitzung des Reichstagsausschusses.

Auf die Frage des Vorsitzenden Dr. Meerfeld, ob die Reichsregierung zur Lage eine Erklärung abzugeben habe, erklärte Reichsminister Dr. Wirth folgendes:

Der bayerische Gesandte Dr. v. Preger habe ihm mitgeteilt, daß mit dem Austritt der Regierung in Bayern eine neue Lage geschaffen worden sei. Das Geschäftsmministerium sei nicht in der Lage, in neue Verhandlungen einzutreten oder hierzu Vertreter nach Berlin zu entsenden. Es nehme an, daß der Reichstangler derselben Zustimmung sei.

Hr. Abg. Müller-Franken (Soz.) meint, daß zwar endgültige Verhandlungen über die Punkte der Tagesordnung heute nicht durchzuführen seien, trotzdem aber einige Fragen zu besprechen wären. Die durch die Presse gegangenen Nachrichten haben gezeigt, daß die Jüden der Rüdterbunde Erbsenbergs bei der Brigade Ehrhardt zusammenlaufen, die überall, wo sie hingekommen sei, dem deutschen Namen Schande bereitet habe. Es seien Nachrichten durch die Presse gegangen, daß Ehrhardt sich in Salzburg aufhalte und von dort öfter nach Rosenheim und in die Nähe von München komme. Er frage den Reichszentraler, ob über diese Verbindungen der Reichsregierung etwas bekannt sei.

Rechtsanwalt Dr. Wieth erklärt hierauf, daß er diese Nachrichten auch gelesen habe und zwecks weiterer Ermittlungen mit dem Staatskommissar Dr. Weismann in Verbindung getreten sei. Dieser habe ihm unter dem 14. September 1921 folgenden Bericht gegeben:

Der Bericht besagt:

Seit dem Verschwinden der als Leiter bei dem Rapp-Putsch betheiligten gewissen Führer haben fortgesetzt umfangreich Ermittlungen nach deren Aufenthaltsort stattgefunden. Seitens des Herrn Oberreichsanwalts sind in dem dort anhängigen Hochverratsverfahren gegen den Oberst Bauer, Major Pabst und Korvettenkapitän Ehrhard Hoff Befehle und Stedbriefe erlassen worden. Alle Bemühungen, der Verfolgten habhaft zu werden, sind in diesem Eile eifrig.

Bereits vor längerer Zeit, etwa im Spähsommer 1920, wurde mir vertraulich mitgeteilt, daß sich die sogenannten

Kapp-Putsch-Führer zumeist in Bayern aufhalten, in München und Umgebung vielfach angetroffen seien und sogar geheime Zusammenkünfte dasebst abgehalten haben sollen.

Bei der Bedeutung dieser Mitteilung, die ich ihr insbesondere auch in Rücksicht auf ihre Zuverlässigkeit beilegen mußte, und in Erkenntnis der bereits damals bestehenden Schwierigkeiten eines offiziellen Verkehrs mit den zuständigen bayerischen Behörden, habe ich zwei mit unterstellte Kriminalbeamte mit dem Auftrage nach Bayern entsandt, die Richtigkeit dieser Mitteilung nachzuprüfen. Diese Beamten sind nach einigen Tagen zurückgekehrt, ohne ihren Auftrag vollständig ausführen zu können. Die Beamten haben mir berichtet, daß sich die gesuchten Personen in der Nähe Münchens verhältnißmäßig aufstellten, wo sie von Männern ihrer Gefolgschaft, zum Theil sogar von aktiven bayerischen Polizeimannschaften durch scharfe Bewachung geschützt werden. Es sei so gut wie unmöglich, sich in ihre Schlupfwinkel einzuschleichen, weil jeder, der sich näherte, mit Feuer empfangen würde.

Ich habe alsdann erneut versucht, auf vertraulichem Wege näheres zu erfahren. Darauf ist mir vor kürzerer Zeit wiederholt zuverlässig mitgeteilt worden, daß nach wie vor Kaplan Eshardt und auch die genannten anderen Kapp-Putschführer sich

in der Umgebung Münchens
aufhalten. Kaplan Ehardt geht nach diesen mit aller Bestimmtheit gemachten Mittheilungen im Polizeipräsidium ein und aus, dergleichen steht er im Verkehr mit dem vor einigen Tagen zurückgetretenen Justizminister Roth.

Der Oberst Bauer soll nach der gleichen Quelle jetzt in Budapest wohnen. Auch er ist aber in letzter Zeit wiederholt in München gewesen und dort mit Kapitan Eberhardt zusammengetroffen.

Der Staatskommissar hob nach dem Kapp-Putsch auf Veranlassung des Oberreichsanwalts, der gegen eine Reihe von Personen wie Oberst Bauer, Hauptmann Papst, Kapitänleutnant Ehrhardt Stadträte erlassen habe, Ermittlungen angestellt. Die Präden führten nach Bayern und in die Umgebung von München, wo Zusammenkünfte von Personen festgestellt wurden. Er habe Beamte nach Bayern zu weiteren Ermittlungen geschickt, die dort

bei den Behörden auf die größten Schwierigkeiten gestoßen seien. Die Beamten seien schließlich zurückgekehrt, ohne ihren Auftrag vollständig erfüllt zu haben. Wir haben aber festgestellt, daß die Verschwörer und ihre Umgebung sich in der Nähe von München verschanzt haben und

unter dem Schutze der bayerischen Polizei stehen. Es sei unmöglich, sich in das Versteck einzuschleichen, da jeder, der sich nahe, mit Feuer empfangen werde. Weiter sei vertraulich mitgeteilt worden, daß

Ehrhardt im Polizeipräsidium
in München ein und aus gehe und auch mit dem Justizminister Dr.
Both in Verbindung stehe.

Hg. Dittmann (H. Soz.) weist im Anschluß an diese Ausführung des Reichstanzlers darauf hin, daß seine Behauptungen von dem Bestehen der deutschen nationalen Mordclique als erwiesen gelten können. Als nächste auf der Nordliste stehen Rathenau und Dr. Birth. Er halte diese Behauptung aufrecht. Er frage die Reichsregierung, ob sie die Dinge so weiter treiben lassen wolle. Es geht nicht an, daß die Reichsregierung den Standpunkt des bayerischen Gesandten teile. (In einem Zwischenruf bemerkt Dr. Birth, daß er seinen Standpunkt zu der Erklärung des bayerischen Gesandten noch nicht präzisirt habe.) Dittmann verlangt von der Regierung, daß sie mit weiteren Maßnahmen nicht erst bis zur Neubildung der bayerischen Regierung warte und fragt, wer sonst wohl noch an die Autorität der Reichsregierung glauben wolle.

Der bayerische Gesandte v. Preger sagte, daß er die Erklärung im Auftrage des Geschäftsministeriums in München abgegeben habe. Die Erklärung beziehe sich auf die Verhandlungen wegen der Verordnung des Reichspräsidenten und der Aufhebung des Ausnahmezustandes. Als vor einigen Tagen der Reichskanzler hier im Ausschusse erklärte, daß er neue Verhandlungen und Vertreter erwarte, waren nur der Ministerpräsident Roth und Justizminister Roth zurückgeblieben. Inzwischen sei aber das ganze Kabinett zurückgetreten und die Sachlage habe sich verändert. Das Geschäftsministerium sei nicht in der Lage, in einer soch wichtigen, hochpolitischen Angelegenheit Verhandlungen zu führen und Entscheidungen vorzunehmen. Die Verhandlungen müssen bis zur Neubildung des Kabinetts zurückgestellt werden. Der Sonntag tritt am nächsten Donnerstag zusammen. Bezüglich der Mittheilungen des Herrn Reichskanzlers, die ihm von dem Staatskommissar für öffentliche Ordnung zugegangen seien, müsse er seinem Erkaunen Ausdruck geben, daß diese nicht änd. der bayerischen Regierung bekanntgegeben worden sind. Der Justizminister Roth habe ihm erklärt, mit Ehrhardt nichts zu tun zu haben und ihn auch nicht zu kennen. Erpor wenigen Tagen sei eine Anfrage wegen des Aufenthalts Ehrhardts in München eingegangen. Wenn man behaupte, daß Roth und Boehner Ehrhardt unterstützt und begünstigten, so müsse er dieser Auslieferung entgegenreten. Ebenso sei es eine Fabel, daß die bayerische Polizei den badischen Generalsstaatsanwalt bei seinen Nachforschungen nach den Mördern Erbergers Schwierigkeiten gemacht habe. Roth hat alles aufgeboten, um der Staatsanwaltschaft Hilfe zu leisten. Zu einem Eingreifen der Reichsregierung in München liege kein Anlaß vor.

Hergl (Dnail.) erklärt, daß nach den Ausführungen des Reichstags und des bayerischen Geländes die Verhandlungen heute einen Erfolg versprechen. Auch er habe in den Zeitungen die unlaublichen Bormärke gegen die Brigade Ehrhardt gelesen, wenn sie wahr seien, gäbe es nicht einen unter den Deutschnationalen, der ein derartiges Verhalten nicht herbeirufe. Doch sei alles noch nicht festgestellt. Im übrigen werde er veranlassen, daß sowohl er als auch seine ganze Umgebung von dem Richter zeugeneidlich vernommen werde, und wer dann noch die Deutsche Volkspartei mit ähnlichen Bormärken überhäufte, den müsse als Hundstot bezeichnen. Der Justizminister Roth habe auch ihm gegenüber erklärt, daß er mit Ehrhardt nichts zu tun habe. Die Rittkungen des Staatskommissars Dr. Weismann seien nur Annahmen, nicht Feststellungen. Bei seiner letzten Rede habe er nicht daran gedacht, sich mit Rath zu identifizieren. Er müsse aber feststellen, daß allein in Bayern Ruhe und Ordnung geherrscht, die die Abhaltung des Deutschnationalen Parteitagcs gewährleistet. Bezüglich der Einträge müsse er erklären, daß die Verordnung des Reichspräsidenten politisch gefährlich, verfassungswidrig und rechtsgültig sei.

Dieses System sei das rein aristokratische System. Er frage, ob die Regierung bereit ist, sich der Entseidung des Reichsraths zu fügen, oder die Rückwirkung der Verordnung aufgehoben hat, oder ob sie sich anders vorgehen wolle. Er sei der Ansicht, daß bei einer solchen entscheidenden Aktion als letzte Instanz eine Stelle geschaffen werden müsse, in der unabhängige Richter säßen.

Abg. Otto Braun (Soz.): Als ich in der ersten Sitzung des Beobachtungsausschusses, der sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt, die Vermutung aussprach, daß die Mörder Erbersbergers ebenso wie die des Abg. Gareis wohl längst in München unter dem Schutze des dort durch den Ausnahmezustand geschaffenen Verhältnisses sich befinden, hat der Bevandte Bayers dies als eine unberechtigte Unterstellung empört zurückgewiesen. Jetzt ist festgestellt, daß, wie der Herr Reichsanwalt ausgeführt hat, in München tatsächlich

eine deuffch-nationale Mördersentrale

ist, die sich die meuchelmörderische Beseitigung der Führer der Republik zur Aufgabe gemacht hat. Wenn die Reichsregierung den Bericht des Staatskommissars über das Treiben dieser Mördersquadren und insbesondere den Aufenthalt von Ehrhardt in München nicht zur Kenntnis der bayerischen Behörden gebracht hat, so ist das durchaus berechtigt im Hinblick auf das an Begünstigung grenzende Verhalten einzelner bayerischer Behörden. Wenn der Gesandte Bayerns sich darauf beruft, daß die bayerischen Behörden den nach den Mördern Erbsbergers fahnden badischen Justiz- und Polizeibehörden keine Schwierigkeiten gemacht hätten, dann weist er dabei lediglich auf eine Selbstverständlichkeit hin. Die Frage ist, ob die bayerischen Behörden aus eigener Initiative und mit dem durch die Schwere des Verbrechens gebotenen Eifer die Ergreifung der noch längere Zeit nach dem Morde in München stehenden Mörder betrieben haben. Umstand, daß diese entweichen konnten, läßt die Vermutung aufsteigen, daß ihnen aus einer Dienststube der Wind von ihrer

Ermittlung zugeweiht ist, so daß sie sich rechtzeitig der Verh. entziehen konnten. Wenn die Deutschnationalen durch den Mund des Herrn Hergt nunmehr erklären, daß auch sie des Treiben der Ch. hardt-Deute verurtheilen, so können sie damit im Hinblick auf die festgestellten Thatfachen und die Haltung der deutschnationalen Clique wenig Eindruck machen. Die Erklärung des bayerischen Justizministers Roth löst die Frage aus, ob auch der Münchener Polizeipräsident Pöchner, der die Pflicht hat, Hochverräther auf Grund des reichsgerichtlichen Haftbefehls zu verhaften, sie auch nicht kenne und niemals in München gesehen habe.

Die Deutschenationalen können diese Landrechtsformationen, die sich aus den ehemaligen Freikorps gebildet haben, und wie die Borkommnisse der letzten Wochen zeigen, zu einer schweren Gefahr für die Sicherheit unseres Landes geworden sind, ebenförmig abschütteln wie die Kapp-Verbrecher, mit denen sie so lange, wenn auch passiv, gemeinsame Sache machten, bis deren Aktion schief ging. Eine Frage muß noch aufgeworfen werden. Wer zahlt die in die Millionen gehenden Kosten dieser Formation, die sich aus Rüdgercentralen etabliert haben? Die deutschnationalen Herren, die die Quellen kennen, aus denen die Mittel für die schamlose Hege, fließen, dürften auch jene Quellen kennen, die sicherlich nicht weit davon abliegen. Der Antrag der Deutschnationalen, die Verordnung des Reichspräsidenten als verfassungswidrig aufzuheben, kann kaum ernst genommen werden. Wenn Herr Hergt auf Gewaltthätigkeiten hinweist, die nach der Verordnung und noch richtiger gesagt, nach der Ermordung Erzbergers gegen nationalistische Veranstaltungen verübt worden seien, so kann darin nur die Antwort der republikanischen Mehrheit der Bevölkerung auf das provozierende Verhalten jener nationalistischen Minderheit erblickt werden, die es durch ihre schamlose Hege bis zu den abgheulichen Neuwelmorden getrieben hat. Die bayerische Regierung tut gut, aus eigener Entschliegung den Ausnahmezustand sofort aufzuheben, bevor sie durch ein Verlangen des Reichspräsidenten oder einen Beschluß des Reichstages dazu gezwungen wird.

Reichskanzler Dr. Wirth erwiderte darauf, daß hier zwei Punkte zur Disposition ständen. Einmal der Belagerungszustand in Bayern und zweitens die Verordnung des Reichspräsidenten. Die Hinauszögerung der Aufhebung des Belagerungszustandes sei unerlässlich. Es sei an der bayerischen Regierung, mit das Erforderliche zu veranlassen. Der Reichskanzler gibt dann bekannt, daß er sich auf die Nachricht, dem badischen Generalstaatsanwalt seien Schwierigkeiten in Bayern bereitet worden, mit dem badischen Justizministerium in Verbindung gesetzt habe.

Die Auskunft, die ihm zuteil geworden sei, geht dahin, daß die Nachrichten nicht wahr wären. Die bayerische Polizei habe also den Arbeiten des badischen Staatsanwalts keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Zu der Bemerkung des Gefandten v. Preger über die zarte Behandlung des bayerischen Empfindens weist er auf folgendes hin: Ein offizieller Vertreter der bayerischen Regierung, der Chef des bayerischen Presseamts Dr. Eitel, habe ihn, den Reichstanzler, in einem Interview in der „Independence Belgique“ öffentlich im Auslande beschimpft. Der Reichstanzler sagt, daß er alles aufgebieten habe, den bayerischen Empfindungen Rechnung zu tragen, er bitte aber alle, entsprechend zu handeln. Zum Abg. Dr. Hergt bemerkte er, daß er ihn um seine Forderung der Wiederaufrichtung des Belagerungszustandes in Ostpreußen und Mitteldeutschland nicht beneide. Er erklärte, daß hieron gar keine Rede sein könne. Der Ausnahmezustand setze Gefahren voraus, die nicht vorhanden seien. Es sei kein Zweifel, daß diese Forderungen gerade für diejenigen, welche sie erheben haben, nicht taufisch flug gewesen seien. Der bayerische Belagerungszustand sei für die Reichsregierung zurecht eine Hauptfrage. Auf die Frage, ob die Reichsregierung bereit sei, den Standpunkt der bayerischen Koalition zu teilen, müsse er erklären, daß diese Regelung unmöglich sei.

Er betone ausdrücklich, daß nicht der Reichspräsident, sondern er für die Verordnung verantwortlich sei, und daß er diese Verantwortung in allen Punkten trage. Er frage die Deutschnationalen, wo es ein Land gibt, in dem die Opposition eine gleiche Freiheit zugebilligt werde. Den Aufregungen zur Gewalt wird aber mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Wollen Sie, fragt er den Abg. Hergt, daß die radikalen Elemente der Linken selbst anfangen sollen, die Republik zu verteidigen? Ich warne Herrn Hergt vor dem Tag, an dem dies geschieht!

Es sei vielleicht angebracht, die Beschwerdenklausur aus Mitgliedern des Reichstages zusammenzusetzen. Das Ziel, daß die Reichsregierung versorge, ist eine friedliche Demokratie. Wenn Herr Hergt darauf hinweise, daß die Vergrößerung Gewalttätigkeiten zur Folge gehabt habe, so frage er, wo bei den gewaltigen Demonstrationen, welche nach der Ermordung Erzbergers durch das arbeitende Volk ausgeführt wurden, Gewalttätigkeiten vorgekommen seien. Er frage auch dafür die Verantwortung, daß diejenigen Presseorgane rückwirkend verboten worden seien, die mit einer gewissen Verantwortungslosigkeit das Volk verhetzt haben. Im übrigen könne der Reichstag über die Ordnungsmäßigkeit des Vorgehens der Reichsregierung entscheiden. Wenn auch der Reichsrat aus juristischen Erwägungen heraus anderer Auffassung sei, so sei die Verwaltungsverantwortung der Reichsregierung erforderlich und richtig gemessen.

Wenn auch die Reichsregierung und der Reichspräsident das Recht habe, die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern zu verlangen, warne er dringend dies zu tun, weil die Folgen unabsehbar wären.

(Schluß folgt in der Morgenausgabe.)

Sozialisierung und Juristentag.

Aus Bamberg wird uns geschrieben:

Nicht ohne Interesse ist, wie der Juristentag mit dem großen Problem der Sozialisierung befaßt wurde. Man könnte sich wohl denken, daß eine solche Tagung versucht würde, die Rechtsformen der Sozialisierung zu klären, um damit die Grundlagen für ein neues soziales Recht vorzubereiten. Der Juristentag hat sich diese Aufgabe nicht gestellt, dagegen aber die Frage behandelt, in welchen Rechtsformen eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital und Gewinn der Unternehmer möglich sei. Daß diese Frage, die dem Gedanken einer Sozialisierung gerade entgegensteht, ist gestellt worden konnte, liegt offenbar daran, daß die „Sozialisierungsvorschläge“ der Hugenberg und Stinnes, die in dem bekannten Gutachten des Herrn Dr. Silberberg zur Frage der Kohlensozialisierung niedergelegt waren, auf die Mitglieder des vorbereitenden Ausschusses, die selbstverständlich jeder „Partei-politik“ fernstehen, einen besonders großen Eindruck gemacht hat.

Der Juristentag hat jedenfalls diesen unter der Flagge der „Sozialisierung“ stehenden, in Wirklichkeit aber der Verbreiterung der kapitalistischen Basis unserer Wirtschaft dienenden Bestrebungen eine sehr deutliche Antwort gegeben. Schon die beiden Referate, die Kassel und Ehrenzweig (Brag) ermittelten, enthielten sich einer Empfehlung jener mit großem Pomp in die Welt gesetzten „wirklichen“ Sozialpolitik, die in allen ernsthaften sozialpolitischen Kreisen schon längst erledigt waren, ehe sie die Industriegewaltigen wieder in die Welt setzten, um die Sozialisierungsbewegung zu sabotieren. Sie begnügten sich damit, eine Reihe von Leisefällen aufzustellen, welche der Gesetzgeber befolgen sollte, wenn er überhaupt dem Gedanken näherzutreten würde. Auf jeden Fall wurde jeder gesetzliche Zwang abgelehnt. Die Diskussionsreferate ließen aber in ihrer Mehrzahl selbst indirekte Begünstigung jener Pläne nicht gelten. Mit vollem Recht wies insbesondere Oberlandesgerichtsrat Max-Hamburg darauf hin, daß man mit solchen Plänen heute der Arbeiterschaft nicht mehr kommen könne, daß sie im Grunde nur zur Unmoral führten. Scharf nahm auch Prof. Singheim Stellung gegen den Grundgedanken der Gewinnbeteiligung, der die Einheit der Wirtschaft zerrützte und die Gefahr des Syndikalismus befördere. Er wies, ohne Widerspruch zu finden, darauf hin, daß die Verhandlung auf dem Juristentag auch unter den Juristen dem neuen Heilsprogramm, das den Sozialismus abtöten wollte durch Verpflanzung kapitalistischer Interessen in die Arbeiterschaft, eine entscheidende Niederlage bereitet habe. Vergeblich suchte der Vorsitzende, Herr Geh. Rat Kieffer, zu retten, was zu retten war. Das Ergebnis war, daß der größte Teil der Zeitfuge der Referenten abgelehnt wurde und im Grunde nur die Forderung bestehen blieb, jeden gesetzlichen Zwang zur Einführung von Kleinrenten usw. abzulehnen und eventuell — mysteriösen für eine solche Beteiligung vorzubereiten.

Dummereien-Politik.

In der RPD ringen jetzt offensichtlich zwei Strömungen miteinander. Die eine sieht ein, daß jetzt eine gewisse Zurückhaltung notwendig ist, um der Reaktion das Spiel nicht zu erleichtern, die andere geht nur darauf aus, ganz gleich, was die Folgen sein mögen, durch Hege und Standal die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Es ist kinderleicht, die kommunistischen Zeitungen zu reblogieren, daß sie nicht verboten zu werden brauchen, es ist aber ebenso leicht, wenn man es darauf anlegt, sie so zu halten, daß sie verboten werden müssen. Wenn nun ein Teil der kommunistischen Presse offenbar darauf ausgeht, die Anwendung der Verordnung des Reichspräsidenten auf sich zu erzwingen, so leistet sie nur der Reaktion Hilfe, die es dann sehr bequem hat, zu erklären, man sehe nun, wo die wirklichen Reaktionskräfte liegen. Und wenn dann die Presse der Rechten alle Vorhänge gebrochen, um nicht in die Schlingen der Verordnung zu tappen, während die kommunistische Presse sie absichtlich übertritt, wird die beabsichtigte Wirkung der Ver-

Wie sie sterben.

H. M. folgt, der Berliner Berichterstatter des „Kommunistischen Monatsheft“, gibt in der nächsten Nummer der „Kommunistischen Monatsheft“ eine sehr interessante und zum Vergleich aufschreiende Schilderung des Hungers in der Winterhälfte.

Der Zischent-Expreß fährt in ungefähr 36 Stunden von Moskau nach Samara. Während der ganzen Fahrt sieht man nur flaches Gelände. Bis zu dem Surajsee scheint die Erde überall ziemlich gut zu sein. Gegen Syzran sind die Felder sichtbar verdorrt und nur die Bäume grün geblieben. Die Wolga ist so gesunken, daß riesige Streifen fahlen Sandes in der Mitte des Stromes liegen. Wenn der Zug in Samara eintrifft, vermehrt man den gewohnten Schwarm der Händler. Die Bahnsteige sind mit hungrigen, zerlumpten Flüchtlingen überfüllt, die um die Karren von Bettzeug, Töpfen und Pfannen, den armseligen Resten ihres Haushaltes, liegen und hocken. Auf den ersten Eindruck scheint Samara, die Hungerstadt, bei jeder Lebensmöglichkeit zu sein. Jedoch im Bahnhofrestaurant, wo ein reichliches und gut vorbereitetes Essen für neun oder zehn Rubel, das heißt, für ungefähr ein Drittel des Moskauer Preises, zu haben ist, ändert sich das Bild. Das war der letzte Tag, an dem Samara eine wohlhabende Geschäftsstadt mit etwa 150.000 Einwohnern. Sie ist von der gewohnten Freundschaft der russischen Provinzstädte; hat breite Straßen mit Kopfsteinpflaster, niedrige, meist hölzerne Häuser mit schneebedeckten Dächern. Krieg, Revolution, Gegenrevolution und Hunger haben den Handel niedergelegt. Das Volk ist heruntergekommen, die Häuser verfallen, die Fenster zerbrochen und mit Brettern verriegelt, in den Straßen große Höcker und alle Kaufhäuser geleert. Samara ist schmutzig, überfüllt und mit Bettlern und Flüchtlingen aus der Umgebung überfüllt.

Dieselbe Bild wiederholt sich in allen Dörfern des Hungergebietes. Semetino ist ein Dorf von etwa 200 Holzhäusern, etwa 12 Kilometer von Samara entfernt. Hier gibt es keine gepflasterten Straßen. Eine breite lange Straße nadien, verrosteten Bodens zieht sich durch den Ort. Die riesige Ebene weilt sich in die Ferne. Auf fünfzig Metern keinen Hügel zwischen hier und Moskau. Die dunkelbraune Erde ist zu dichtem feinen Staub verpackt. Außer in den tiefen Höhlen gibt es kein Gras mehr. Die Flüchtlinge lauern auf dem ausgebliebenen Bettzeug in den Wägen. Die Pferde sind alle rippig und oft so schwach, daß sie oft schon nach kurzer Strecke umfallen. Die toten Tiere werden abgehängt, ihr Fleisch gegessen oder verkauft.

Hast die Hälfte der Häuser in Semetino sind verlassen. Ich war bei einer Familie von acht Personen, die mir alles zeigten, was ihnen zum Essen übrig blieb: eine verschumpfte Tomate, ein bißchen Brot, aus Gras, Melonenrinde und Sonnenblumen gebacken. Sie haben ihren ganzen Viehbestand geschlachtet, mit Ausnahme eines mageren Pferdes. Sie beladen ihren Wagen mit Bettzeug und Wägen, die sie in Samara zu verkaufen gedachten. Das würde reichen, um Lebensmittel für eine oder zwei Wochen zu kaufen, und dann würden sie gleich den andern alles zusammenpacken und nach Samara auswandern. Das ist das Schicksal unzähliger Familien

ordnung vollständig umgekehrt: Die Kommunisten fangen dann den Stoß auf, der den Deutschen national zugeht war.

Nach diesem Rezept verfährt die „Rote Fahne“. Erst bringt sie Artikel, die den Reichsminister des Innern zum Verbot zwingen, wenn er sich nicht dem berechtigten Vorwurf der Parteilichkeit aussetzen will. Dann gibt sie ein Erklärungsblatt heraus, das den fröhlichen Stand fortsetzt und in dem sie pathetisch erklärt, ein Sozialdemokrat habe die „revolutionäre Presse“ unterdrückt, und die ganze Arbeiterschaft stünde hinter ihr. Die Arbeiterschaft ist politisch viel zu aufgeklärt, als daß sie dieses Spiel nicht durchschaute, sie wird sich nicht darüber aufregen, wenn kommunistische Helfer der monarchistischen Reaktion nicht anders behandelt werden als diese selbst.

Die „Rote Fahne“ täte gut, ihren absichtlichen vom Jahr gebrochenen Streit mit den Reichsbehörden so rasch wie möglich zu beenden und eine Haltung einzunehmen, die dem Gesamtinteresse der Arbeiterschaft entspricht.

Staatskommissar und „Rote Fahne“.

Berlin, 14. September. (WZ.) Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung teilt mit: Die „Rote Fahne“ veröffentlicht in Nr. 417 und 423 zwei Schreiben vom 27. August und 2. September d. J., die angeblich von mir stammen sollen. Ich habe bisher keine Stellung dazu genommen, weil ich die Auseinandersetzungen mit der „Roten Fahne“ für nutzlos erachte. Nachdem aber die „Freiheit“ in ihrer Abendausgabe vom 14. September und andere Berliner Blätter die Ausführungen der „Roten Fahne“ übernommen haben, erkläre ich: Die beiden Schreiben, die in der „Roten Fahne“ als Originalzitate zweier von mir herrührenden Schriftstücke bezeichnet worden sind, stammen nicht von mir her. Ich habe lediglich zu einer Zeit, die weit vor der Ermordung Erzbergers liegt und in der an eine Verordnung, wie sie der Reichspräsident am 29. August erlassen hat, überhaupt nicht gedacht worden ist, im konkreten Auftrage der Reichsregierung und der Preussischen Staatsregierung Beschlüsse darüber gemacht, wie man der Ueberschwemmung Deutschlands durch Rufen und der fortwährenden Verhöhnung durch die kommunistischen Blätter am wirksamsten begegnen kann.

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei.

Die „Freiheit“ beschäftigt sich heute mit der letzten Berliner Rede des deutschnationalen Parteiführers Hergt, zu der sie u. a. schreibt:

Herr Hergt hat aber auch erklärt, daß die Deutsche Volkspartei jetzt, nachdem sie eine Zeitlang mit der Politik der Mitte gellebte, jetzt mit den Deutschnationalen vollständig gleicher Auffassung sei. Es gäbe keinen grundsätzlichen Unterschied mehr. Wenn Hergt dann noch hinzusetzt, beide Parteien stehen auf dem Boden der Verfassung, aber sie lehnen es ab, sich ihre monarchistischen Ideale nehmen zu lassen, so braucht man über diese bodenlose Heuchelei kein Wort zu verlieren. Sie stehen genau so auf dem Boden der Verfassung, wie die Rahr, Boehner und Ehrhardt. Die Deutsche Volkspartei wird sich aber über diese Bekundung des deutschnationalen Parteiführers, der eine noch innigere Gemeinschaft zwischen beiden Parteien in Aussicht stellte, noch äußern müssen.

Hoffentlich wird diese Notwendigkeit, auf die auch wir gleich nach Bekanntwerden der Hergt-Rede hinwiesen, von der Deutschen Volkspartei eingesehen.

„Androhung des Ausschlusses.“

Geselle Krüger sendet uns die Abschrift der folgenden Mitteilung, die gestern dem „Berliner Tageblatt“ zugeht:

In Ihrer heutigen Morgenausgabe Nr. 432 vom 14. September 1921 bringen Sie einen Artikel unter der Überschrift: „Der Unfall des Berliner Magistrats“, in welchem sich folgende Sätze befinden:

„In welcher Weise die Befehle der sozialistischen Mitglieder des Magistrats vor sich ging, darüber plaudert die „Rote Fahne“ folgenden aus: Am Montag mittag erschien der Vorsitzende der Reichssozialdemokraten, Franz Krüger, im Rathaus und drohte den renitenten Stadträtern seiner Fraktion mit dem Ausschluss aus der Partei, wenn sie nicht schleunigst den völlig unüberwindlichen Standpunkt in der Lariffrage der Angehörigen revidieren würden. Diese Drohung hatte den gewünschten Erfolg.“

im Hungergebiet. Sie bogen sich meist in eine große Stadt, wenn eine in der Nähe liegt, aber oft wissen sie nicht, wohin sie kommen, sondern wandern immer weiter, bis sie vor Erschöpfung umfallen und sterben. Diejenigen, die kein Pferd und Wagen haben, warten ergeben auf den Tod in ihren Häusern. Wenn die Hilfe nicht sehr bald kommt, bleibt keine Menschenseele lebend in Semetino.

Die Einwohner haben alle Hoffnung verloren. Einige sind sogar bereit, daß ein Fremder ihr Unglück anschaut. Die Erzählungen von amerikanischen Hilfe machen keinen Eindruck mehr. Der Hunger hat zu lange gedauert, und zu viele Versprechungen sind unerfüllt geblieben. Eine alte Frau sagte: Gott gibt den Amerikanern viel Getreide und den Russen gar keine, es ist ein seltsamer Gott. Eine andere sagte, sie hätte nie Glück gehabt — ihre Kinder hätten keine Cholera bekommen, und nicht schneller Sterbens erwartet sie der langsame Hungertod. Eine andere sagte in vollständiger Teilnahmslosigkeit, daß sie ihr Kind gestern umgebracht habe, weil sie es nicht weiter ernähren konnte. Man hörte im ganzen wenig Klagen im Dorfe. Keiner schien körperlich zu leiden. Ich glaube nicht, daß die Erzählungen von hungernden Massen, die nach Westen ziehen in panikartiger Flucht und die Städte und Dörfer stürmen, wahr sind. Es gibt nichts der Gewalttätigkeit Unähnlicheres als dieses langsame, fast teilnahmslose Scheitern hungernder Bauern aus ihren Dörfern. Ein kräftiger, wohlernährter Mann, der einige Tage ohne Nahrung bleibt, kann vor Hunger an den Rand der Verzweiflung gebracht werden, aber diejenigen, die langsam, monatelang verhungern, geraten nicht in Aufruhr. Sie werden von Tag zu Tag an Leib und Seele schwächer, und wenn sie nicht einer Krankheit erliegen, gleiten sie fast unmerklich vom Leben in den Tod über.

„Die Fahrt ins Blaue“ (im Theater in der Königsgräber Straße). Auch im Theater wird die Kriegswirtschaft abgebaut. Den seit 1914 von den Brethern verbotenen Pariser Schwänken und Komödien werden die Porten weit geöffnet. Nicht weniger als drei Berliner Bühnen beginnen die neue Saison mit Fabeln, die französische Werke tragen. Die Firma Callavet und de Siers, die in dem einst von Brahms geleiteten „König“ eine Schwanen-Reflexion erzielte, hat bei dieser „Fahrt“ sich nicht in Unkosten gestürzt. Das Stückchen soll von höherem Stile sein, an Stelle toller Possenabgaben die anspruchsvollere und strengere Einleitung der Komödie treten. Doch weder Erfindung noch Charakteristik reichen im allgemeinen dazu hin. Das Tempo ist auf weite Strecken hin recht schleppend, und was die Sache muntert wird, verbannt sie das der Einschaltung von allerhand zum Teile häßlich erachteten, doch unglückseligen Theatertricks.

„Die Fahrt ins Blaue“ ist die Fahrt einer jungen Dame, die eine aristokratische Frau Lante durch List und Trug in eine Konvention mit einem hanebüchernen trocknen Herrn buglesen wollte, mitten aus dem Trübel der schon begonnenen Hochzeitsfeier. Ihr Glieder, der auf Reisen geschickte Sohn des Hauses, erscheint im letzten Augenblick und entführt sie auf ein Schloßchen in der Provinz, wo die Großmama des Mädchens auf die Ankunft der neuen Eheleute wartet. Diese liebenswürdig moderne, im Herzen jugendlich gebliebene

Ich bedauere außerordentlich, daß Sie eine derartige Darstellung, die viel weniger einen Angriff gegen mich als gegen die in Frage kommenden Stadträte darstellt, lediglich gestützt auf eine Auslassung der „Roten Fahne“, der Öffentlichkeit übergeben. Ich kann nicht annehmen, daß Sie die Sachlichkeit und Glaubwürdigkeit der „Roten Fahne“ höher einschätzen als ich. Ich lege jedenfalls Wert darauf, festzustellen, daß ich in keinem Augenblick der Verhandlungen über die Lariffrage und den Streit der städtischen Angehörigen Veranlassung gehabt habe, irgendeinem Mitglied meiner Partei, das dem Magistrat oder der Stadtverordnetenversammlung angehört, den Ausschluss aus der Partei anzudrohen, oder auch nur diesen Gedanken zu erwägen. Das würde vollkommen von den Formen abweichen, in denen bei uns die Verhandlungen zwischen Vertretern unserer Partei und den durch das Vertrauen der Partei in öffentliche Ehrenämter gewählten Parteimitgliedern stattfinden. Die Darstellung der „Roten Fahne“ beruht auch schon deshalb nur auf Kombinationen, weil ich zu Unterredungen mit meinen Parteigenossen Berichterstatter der „Roten Fahne“ nicht hinzuziehen pflege.

Ich bitte Sie, diese Zeilen in Ihrem Blatte zu veröffentlichen.
Hochachtungsvoll Franz Krüger.

Bestrafte Waffenschiedungen.

Die Essener Strafammer verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den Major Rudolf Alos aus Buer, der in seiner Eigenschaft als Kommandeur der Schupo versucht hatte, Waffen der Schupo gegen Entgelt von 44.000 M. zu verschleiben, wegen Unterschlagung und Vergehen gegen das Entwaffnungsgesetz zu einem Jahr Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe.

Aus dem neupreußischen Bayern.

Die Haftentlassung des Abg. Fischer abgelehnt.

In der gestrigen Sitzung des Ständigen Landtagsausschusses wurde ein Antrag der Unabhängigen auf Freilassung des Abgeordneten Fischer erörtert. Fischer war wegen einer in München gehaltenen Rede, in der er die Verfassung Frankens von Bayern angegründet hatte, verhaftet worden. Der Antrag wurde abgelehnt.

Rundgebung für Rahr.

Die „München-Augsburger Abendzeitung“ berichtet aus Berchtesgaden über eine Rundgebung einer „mehrtausendköpfigen“ Menge für den dort weilenden Ministerpräsidenten Dr. v. Rahr, an den die Bitte gerichtet wurde, auch weiterhin die Geschicke Bayerns zu leiten. Herr v. Rahr versprach, jetzt und in alle Zukunft seine ganzen Kräfte „dem geliebten Vaterlande zu widmen“.

Auf der Mördersuche.

Die Personalien Tiffens.

Der „Kölnischen Volkszeitung“ wird vom Polizeipräsidenten mitgeteilt: Der am Mord Erzberger beteiligte Heinrich Tiffen, am 27. November 1894 in Köln-Indenthal geboren, verzog am 4. Juli 1906 mit seinen Eltern nach Koblenz. Der Vater war feinerzeit Oberstleutnant beim Artillerieregiment von Holtenau. Von Koblenz übersiedelte die Familie später nach Rheydt, nachdem der Oberstleutnant Tiffen inzwischen zum Artillerieinspektor und General befördert war. Inzwischen nahm Tiffen seinen Abschied. Kurze Zeit danach Rord er. Es liegt die Annahme nahe, daß der Oberstleutnant Heinrich Tiffen, der am 1. April 1912 bei der Marine eingetreten war, vermutlich der Komplize des Mörders von Erzberger ist. Oberstleutnant zur See a. D. Tiffen soll in Wiesenthal in der Mark wohnhaft sein.

Die Unschuldengel.

Die reaktionäre Presse verläßt in die kommunistischen Grimaßen, um zu beweisen, daß ihr Gehalt bei dem Befehl der Ermordung Erzbergers nicht gestraht habe. Vorläufig hält in diesem Sachverhalt die „München-Augsburger Abendzeitung“ den Rekord. Sie schreibt unter der Überschrift „Fahrlässige Duldung des Erzberger-Attentats“, daß schon Ende Juni ein Mann auf der Redaktion einer Berliner rechtsstehenden Zeitung mit der Mitteilung erschienen sei, daß er beabsichtige, Erzberger zu ermorden. Die betreffende Zeitung habe zur Verhinderung der Tat die Berliner Kriminalpolizei verständigt und ihr eine genaue Personalbeschreibung des unheimlichen (1) Besuchers gegeben mit der Aufforderung, Maßnahmen zum Schutze Erzbergers zu treffen. Daraus geht hervor, daß es gerade eine Zeitung der Rechten war, die alles daran setzte, um die Tat zu verhindern, daß aber die Behörde vollständig versagte.

Alle, die ahnungslos die Durchgänge empfangt und sie als Hochzeiter einquartiert, erhält durch Frieda Richard eine-famose Darstellung, die auch dem Mittelalters trotz seiner argen Längen zu lebhaftem Applaus verhasst. Der letzte Aufzug lebt von den naiven Drollen des nachgereisten Bräutigams (Curt Wesperrmann), der bei seiner exemplarischen Vernünftigkeit die Affäre doch nicht tragisch nehmen kann und rasch gerührt mit dem Ruchfolger gute Freundschaft schließt. Sympathisch tritt war Erika Gläbner als junges Mädchen. Der kleinen Episodenrolle eines enthusiastischen Altruismusforschers gab Paul Bildt eindringlichste originale Prägung.

Drachlose Weiterstation in der Polarzone. Die große Bedeutung der drachlosen Telegraphie als Hilfsmittel bei Forschungs Expeditionen beweist ein Funktspruch von der Insel Van Wagon. Einem Wunsch des Völkerbundes folgend hat die norwegische Regierung im Sommer dieses Jahres eine meteorologische Expedition nach Van Wagon mit dem Auftrage entsandt, die dortigen Verhältnisse für die Errichtung einer Weiterstation zu erforschen. Ihre Aufgabe sollte es sein, mit Hilfe einer drachlosen Anlage mit anderen meteorologischen Instituten Wetternachrichten auszutauschen.

Die Expedition ist mit einer 15 Kilowatt starken Telefunkenstation ausgerüstet worden. Wie nun der Expeditionsleiter an Telefunken drachlos mittels, steht er dank dieser Station Tag und Nacht mit Norwegen, Island und Spitzbergen in Verbindung. Dieser Nachrichtenverkehr ist für seine meteorologischen Forschungen von unschätzbarem Nutzen und garantiert den erwarteten Erfolg. Da außerdem die Expedition den Winter über auf dieser hoch im Norden zwischen Island und Grönland gelegenen Insel bleiben soll, dürfte die Möglichkeit, jederzeit drachlos Nachrichten geben und empfangen zu können, den Forschern auch sonst von großem Vorteil sein.

Die Dante-Feiern in Mailen. Der zum nationalen Feiertag erklärte 600. Todestag Dantes wurde in ganz Italien durch eindrucksvolle und würdige Feiern begangen. Der römische Stadtrat hat eine Bronzeleiste gestiftet, die in dem kleinen Tempel angebracht werden soll, in dem des Dichters sterbliche Reste ruhen. Ferner hat man im Hofe des Hauses ein marmornes Treppenhause errichtet, das von einem Glockenturm getönt wird, der die zu Dantes Gedächtnis von allen Gemeinden Italiens gestiftete silberne Glocke aufnehmen soll. In Ravenna, der Stadt, in der der mächtige Dichter seine Augen schloß, schmückt Lorbeer, den die Stadt Florenz gesandt hat, jenen kleinen Bezirk, der durch Dantes Namen geheiligt ist. Eine eigenartige Feier hat sich Verona ausgedacht. Dort wird ein mittelalterliches Fußläuferrennen abgehalten werden, wie es der Dichter im 15. Gesange seiner „Hölle“ erwähnt.

Das Jüdische Theater bringt als nächste Nocht am 20. September Kewelle, ein Drama von Perez Gichstein.

In die Hochschule für Musik wurde Leonid Kreutzer als Professor für Klavier berufen.

Schiller-Museumskrieg. Der Petriedent der Banarbeiter der Museumskassen auf der Museumskasse, die sich durch Schillers Werke gegen die Daulstellung bedroht fühlen, hat ihn aufgefordert, seine Daulstellungen zu widerrufen oder seinen Schwärzmann der Daulstellung zu nennen.

Nichtig, die Befürchte versagte völlig. Sie unterstand doch dem Polizeipräsidenten Poehner, in dessen Münchener Regierungsbereich die Mörder ihre Organisation ungehindert ausbauen konnten.

Zu den Verhaftungen in München.

Zu den Verhaftungen in der Angelegenheit des Nordes an Erzberger werden noch folgende Einzelheiten gebracht: Der für die Strafverfolgung der Mörder Erzbergers zuständige bayerische Staatsanwalt Bürger aus Offenbach wollte am Freitag voriger Woche in München um dort, unterstützt durch den gleichfalls anwesenden Generalstaatsanwalt Schmidt, die Spuren der Mörder weiter zu verfolgen. Durch das Zusammenwirken mit den württembergischen Polizeikräften und mit den bayerischen Justiz- und Polizeibehörden konnten die Namen und Personalien der flüchtigen Mörder festgestellt werden. Hierbei wurde auch festgestellt, daß der an der Nord-attentate beteiligte Student Tillesen Ende vorigen Monats aus München verschwunden ist, während der andere, der Kaufmann Heinrich Schulz, in den letzten Tagen mit Unterstützung seiner Helfershelfer entkommen ist.

Waffenschiedungen am Ammersee.

München, 15. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Ueber die außerhalb des Parlaments sich abspielenden Vorgänge, die zum Sturz des Ministeriums Rahr geführt haben, gibt die „Münchener Post“ neues Material bekannt. Sie bestätigt die von der Berliner „Freiheit“ gemeldeten Waffenschiedungen von Ammersee nach München. Im übrigen schreibt sie: „Die antisemitischen deutschpolitischen Rechtsbolschewisten entfalten eine lebhafteste außerparlamentarische Tätigkeit. Ob damit die Anwesenheit Ludwigs III. mit einigen Mitgliedern des Hauses Wittelsbach in der letzten Zeit am letzten Sonnabend und Sonntag in München in Verbindung steht? Ueber den

Justom norddeutscher Hafenkreuzier

nach München seit dem letzten Sonntag mühte die Fremdenpolizeiabteilung der Münchener Polizeidirektion Auskunft geben können, wenn nicht ihr Dirigent Poehner hieße.“

Rechtsbolschewistischer Ueberfall in München.

München, 15. September. (Eigener Drahtbericht unseres Korr.) Ein neuer Ueberfall der sattem bekannten Münchener Nationalsozialisten, jener Kreise, auf deren Konto der Ueberfall auf Sängers, der Mord an Gabels und Erzberger mit gutem Gewissen geführt werden kann, beweist, welche Auswüchse das System Rahr-Roth in München gezeitigt hat. Die gestrige Versammlung des Bayernbundes, einer Konkurrenzvereinigung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in München, ohne deren antisemitische Tendenz, wurde der Ort der unerhörten Gewalttaten. Die Rednertribüne war von den rechtsbolschewistischen Jünglingen frühzeitig besetzt worden. Als der Führer der Nationalsozialisten im Saal erschien, wurde er von dem ohrenbetäubenden Freudengeheul seiner Mannen empfangen. Der eigentliche Redner des Abends verfuhr vergeblich zu Wort zu kommen. Durch Ausschaltung der Beleuchtung wollte man vergeblich einer Schlägerei vorbeugen. Schließlich wurde der Redner des Bayernbundes von halbwüchsigen Burken umringt, niedergeschlagen und mit mehreren, stark blutenden Wunden vom Podium heruntergeworfen. Ein zweites Mitglied des Bayernbundes, das die Ordnung aufrechterhalten wollte, wurde mit Häuten und Stockhieben geschlagen und vom Podium heruntergestoßen, trotzdem die Polizei ihn mit ihren Gummiknüppeln zu Hilfe kommen wollte. Eine Hundertschaft der Landespolizei erzwang schließlich die Räumung des Saales.

Die „Münchener Post“ schreibt hierzu: „Die Führer der Nationalsozialisten verließen, von den Polizei umgeben, den Saal. Warum hat man hier nicht den Mut gefunden, diese Hege vom Platz weg zu verhaften?“

Begint ein neuer Wind zu wehen?

München, 15. September. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Charakteristisch ist die Antwort des Staatssekretärs im Landtagsauschuss auf das Verlangen nach Aufhebung des Erscheinungsverbot des U.S.B.-Blattes. Er sagte: Man solle sich nur an die Polizeidirektion wenden. Durch die Demission der Regierung sei ja inzwischen eine neue Sachlage geschaffen.

Die Sanktionen.

Paris, 15. September. (G.E.) Zum heutigen Tage, an dem die wirtschaftlichen Sanktionen im Rheinland aufgehoben werden sollten, erklärt das „Journal“, daß es ausschließlich Deutschlands Schuld sei, wenn dieser Tag verstreiche, ohne daß die wirtschaftlichen Sanktionen aufgehoben werden! Vorbedingung dafür war, daß Deutschland seine norddeutsche Zustimmung zur Errichtung eines Kontrollbureaus für seine Ein- und Ausfuhr gab. Da aber Deutschland in diesem Bureau eine Verstärkung der bestehenden Sanktionen erblickte und auch nicht auf den Boykott der französischen Waren verzichtete, den es seit langem praktiziert, beschloßen die Alliierten, daß die wirtschaftlichen Sanktionen aufrechterhalten werden sollen, bis Deutschland andere Beschlüsse gefaßt habe. Frankreich habe zwei Enttäuschungen erlebt, als daß es auf ernste Garantien verzichten könne, die ihm zu seinem Rechte verfallen sollten.

Litauen und das Völkerbündungsangebot.

Genf, 14. September. (M.B.) Auf den von Hyman (Belgien) am 3. September vorgeschlagenen Einigungsentwurf zwischen Polen und Litauen erwiderte die litauische Regierung folgendes: Sie will den Plan in seinen großen Zügen annehmen, unter Vorbehalt nachfolgender Veränderungen:

1. Litauen verlangt westlich von der Kuron-Büste Pils, Sein und Grodno. 2. Die Grenzlinie zwischen dem autonomen Kantons Litua und dem übrigen litauischen Gebiet soll der Gemeindegrenze des Markschalls Pils, zehn Kilometer westlich der Eisenbahnlinie Wilna-Dünaburg, folgen. 3. Litauen ist bereit, im Gebiet von Wilna eine autonome Verwaltung anzuerkennen, ohne ihm jedoch so weitgehende Rechte einzuräumen, wie sie ein schweizerischer Kanton besitzt. Litauen behält sich vollkommen seine Befugnisse mit Bezug auf Sprache, Unterricht, religiöse Angelegenheiten und ökonomische Verwaltung vor. 4. Litauen fordert die Regelung des Heerwesens auf Grund eines gemeinsamen Militärgesetzes. 5. Die litauische Sprache ist die alleinige Amtssprache. Dagegen erhält der Landtag von Wilna das Recht, das Polnische an den Grenzen seines Bundes als Amtssprache zu führen. 6. Litauen stimmt der Schaffung eines gemeinsamen Staatssekretariats des Weichens zu, das aus Beamten bestehen soll, die von beiden Regierungen gestellt werden.

Die polnische Regierung erinnert ihrerseits daran, daß sie die Resolution des Völkerbundes vom 28. Juni angenommen hat, die den beiden Ländern den ersten Vorentwurf, den Hyman am 20. Mai ausgearbeitet hat, als Verhandlungsgrundlage empfiehlt. Sie ist bereit, ohne Aufschub die Verhandlungen auf dieser Grundlage aufzunehmen, falls die litauische Regierung keine Schwierigkeiten mehr macht.

Der Arbeitskampf in Nordfrankreich.

Elle, 15. September. (G.B.) Infolge der Weigerung der Arbeitgeber, mit den Delegierten der Arbeiter zu verhandeln, hat das Streikkomitee eine Nachtlage abgelehnt. Die Debatte war geheim. Doch glaubt man zu wissen, daß der Beschluß gefaßt worden ist, heute eine Delegation an den Arbeitsminister und an Briand zu senden.

Groß-Berlin

Feinde der Armen.

Rigoreuse Handhabung der Bedürftigkeitsprüfung.

Bei der notwendigen Säuberung, die die reaktionären Schlupfwinkel bei den Behörden ausleihen soll, wird in vielen Zuschriften an die Redaktion gebeten, auch der Erwerbslosenbehörde nicht zu vergessen. Wie die häufigen Klagen über Behandlung und Schikanierung von Erwerbslosen seitens der untergeordneten Beamten aufzeigen, scheint gerade die Behörde der Erwerbslosenfürsorge ein Unterkommen und Nährboden für die schlimmsten Feinde der Armen zu bilden, was bei dieser Stelle am wenigsten Platz greifen darf. In letzter Zeit mehrten sich besonders die Klagen über die Rigorosität einzelner Prüfer, die die Erwerbslosigkeit bei den Antragstellenden nachzuforschen haben. Es liegt eine Beschwerde vor, die ein ganz grobes Ueberfahren der Befugnisse des Prüfers darstellt.

Ein Mann des geistigen Proletariats, der den gewöhnlich leichtesten Beruf eines freien Schriftstellers ausübt, und der, wie er uns schreibt, gezwungen ist, schon seit längerer Zeit die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch zu nehmen, verurteilt zu jeder möglichen Weise, seine wirtschaftliche Existenz wieder hochzubringen. Er gibt seine Verdienste an den Blättern der Erwerbslosenfürsorge an, die dort von der Unterstützung abgezogen werden. Sein Name als bekannter Schriftsteller (der seinen Aufträgen voransteht) gestattet ihm nicht, irgendwelche Unterschleife dabei zu verüben. Trotzdem wurde von der Geschäftsstelle für freie Berufe in offenen Anfragen nachkontrolliert, ob seine Angaben auf Wahrheit beruhen. Auf diese Weise ist es dem Mann unmöglich gemacht, sich die wirtschaftliche Existenz neu aufzubauen. Derselbe Genosse, dessen soziale Aufopferungsfähigkeit allgemein bekannt ist, mußte sich in der genannten Geschäftsstelle von einem Beamten sagen lassen: die Erwerbslosen nehmen die Unterstützung nur in Empfang, um sich vor Arbeit zu drücken. Jetzt erhielten sie sogar noch eine Beihilfe zu einer Sommerreise. Kein Beamter könnte sich eines solchen Extrazususses erfreuen. Als es notwendig wurde, daß der Betreffende sich einen Anzug aus der Kleiderkammer der Stadt kaufen mußte, wurde im längeren Verfahren vorerst die Bedürftigkeit festgestellt. Ein Prüfer, der nach seiner Wohnung kam, erkundigte sich überall bei den Geschäftselementen der Straße über seine Verhältnisse, so daß seinem Elend nun auch öffentlich der Stempel aufgedrückt ist. Als der Prüfer ihn nicht in seiner Wohnung antraf, fragte er sich nach dem zehn Minuten entfernten liegenden Baugarten durch, was wieder zur Folge hatte, daß vielleicht zehn Menschen ins Vertrauen gezogen werden mußten. Hier draußen erkundigte er sich in der Abwesenheit des Genossen bei dessen neunjährigem Sohn über die Verhältnisse seines Vaters. Besonders verwundern erregte der reiche Gehalt der Stachelbeerstraße und einiger Hände voll Himbeeren und Kartoffeln, was ihn zu dem Resultat brachte, daß sein Klient eigentlich gar nicht unterstützungsbedürftig sei. Nur ist ein Garten von circa 400 Quadratmeter wirklich etwas Schönes und trägt viel zum Unterhalt einer Familie bei, und er ist besonders einem Erwerbslosen zu gönnen. Aber daraus die Erfragung abzuleiten, ist wohl zu weit gegangen und wird in seinem Paragraphen der Erwerbslosenverordnung gutgeheißen. Auf dem Heimwege vom Garten erkundigte sich der Prüfer erneut bei Geschäftselementen der Straße nach dem schwunghaften Handel, den der Antragsteller um den Anzug mit den Früchten seines Gartens nach seiner Meinung treiben möchte. Er konnte jedoch nur erfahren, daß der Genosse ab und zu etwas von seinem Ueberfluß verschlekt.

Resümiert man aus dem Mitgeteilten, so muß man auf die eingangs erwähnte Forderung zurückgreifen: Säuberung von allen unbrauchbaren Beamten, die nicht die Qualifikation zu einem sozialen Wirken an solchen verantwortungsvollen Posten besitzen.

Die Vorbereitungen für die Stadtverordnetenwahl.

Eine Berliner bürgerliche Kommunalkorrespondenz stellt fest, daß die bürgerlichen Parteien bei den Stadtverordnetenwahlen mit eigenen Listen vorgehen werden, daß es lediglich bei den Bezirksverordnetenwahlen und bei den Stadtkassen zu einer Verbindung der Listen kommen wird. Wie weit diese Verbindung zwischen den Parteien gehen wird, dürfte sich schon in den nächsten Tagen zeigen, da die Erklärungen hierüber bis zum 28. September bei den zuständigen Wahlleitern abzugeben sind. Für die Bezirksverordnetenwahlen haben im allgemeinen die bürgerlichen Parteienorganisationen freie Hand zum Abschluß von Verbindungen; doch darf man damit rechnen, daß sich diese Verbindungen im wesentlichen auf benachbarte Parteien beschränken werden. Zwischen Deutsche nationale und Demokraten, zum Teil auch mit dem Zentrum, dürfte es in keinem Verwaltungsbezirk zu einer Listenverbindung kommen, sofern nicht in einigen Bezirken eine einheitliche bürgerliche Liste zustandekommt, bei der jede Parteipolitik ausgeschlossen und lediglich den bürgerlichen Interessen Rechnung getragen werden soll. Von einer „Arbeitsgemeinschaft“ entweder ohne Deutsche nationale oder ohne Demokraten zu sprechen, ist irreführend und mißverständlich. Die bürgerlichen Verhältnisse sind in den einzelnen Wahlkreisen und Bezirken zu verschieden. Es werden sich je nach Lage der Dinge und nach Rahmgebende des persönlichen Verhältnisses der führenden Persönlichkeiten verschiedene Parteigruppierungen ergeben.

Die Deutsche Volkspartei in Schöneberg-Friedenau stellt an erster Stelle wieder auf die Mittelschullehrerin Frau. Margarete Fromm, als neuen Kandidaten den Regierungsrat Dr. Ernst Rumbt in Friedenau und an dritter Stelle wieder den Schriftsteller Günter Thomas (Schöneberg). Im Wahlkreis Köpenick-Treptow stehen an der Spitze der Liste der Deutschen Volkspartei Erster Bürgermeister a. D. Behne (Köpenick) und Rektor Specht (Treptow). Im Wahlkreis Steglitz-Tempelhof-Zehlendorf die bisherigen Stadtverordneten: Ingenieur Paul Schwarz (Steglitz), Stadtrat a. D. Ulrich (Zehlendorf), Schriftsteller Bruno Huettner (Tempelhof) und Rechnungsrat Wandhardt (Zehlendorf). Hervorzuheben ist noch, daß auf rechtsbürgerlicher Seite die Deutschsozialistische Partei unter Führung von Richard Kuhn, Friedenau (im Volksmund unter dem Spitznamen Knüppel-Kuhn bekannt. Red.), mit eigenen Listen vorgehen will; auch die Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes will in einigen Bezirken, in denen sie bisher nicht vertreten war, mit eigenen Kandidaten vorgehen. Dadurch wird, so fügt die genannte Korrespondenz mehrmals hinzu, leider die Zerplitterung auf bürgerlicher Seite nur noch vermehrt, ohne daß der Hauptzweck der Wahl, die sozialistische Mehrheit zu stützen, gefördert wird; er wird im Gegenteil hinausgerückt und geschädigt.

Minderbemittelte in städtischen Krankenhäusern.

Recht hart würde die minderbemittelte Bevölkerung von der Erhöhung der Kur- und Verpflegungssätze in den städtischen Krankenhäusern betroffen werden. Um einen sozialen Ausgleich zu schaffen, hat der Magistrat im Einverständnis mit der Deputation für das Gesundheitswesen beschloffen:

1. Nichtversicherungspflichtige und nichtversicherungspflichtige Erkrankte zahlen in der dritten Klasse, falls das Einkommen der Familie 20.000 M. nicht überschreitet, die Hälfte der sonstigen Verpflegungssätze für Erwachsene. Diese Einschränkung soll vorläufig bis zur Regelung der Familienversicherung gelten. Nach deren Einführung soll eine Neuverteilung stattfinden. 2. In allen Fällen, in denen der behandelnde Arzt und der Aufnahmebeamte die Dringlichkeit bescheinigt, ist die Aufnahme nicht von der Zahlung eines Vorschusses abhängig zu machen. 3. Bei den Vorarbeiten zu einer Verbilligung des Krankenhausbetriebes soll auf eine soziale Staffelung Rücksicht genommen werden. Der Stadtverordneten-Versammlung ist daher eine entsprechende Vorlage zugegangen.

Eindbruch bei einem amerikanischen Offizier.

Ein ungewöhnlich dreister Eindbruch wurde bei einem amerikanischen Offizier in der Vittoriastraße verübt. Der Offizier hatte ein Fenster seines Schlafzimmers über Nacht nicht geschlossen. Diese Gelegenheit benutzte ein Dieb, um behutsam einzusteigen. Es gelang ihm auch, die Schmuckschätze und den Revolver des Schlafenden, der auf dem Nachtschlaf lag, unbemerkt einzustehlen. Als er dann aber die Dreistigkeit befahl, sich auch noch daran zu machen, ein Spind aufzubrechen, erwachte der Offizier durch das Geräusch. Das merkte der Eindringling, er sah jetzt von seinem Beginnen ab und entfloh durch das Fenster. Der Offizier hatte sofort nach seinem Revolver gegriffen, ihn aber nicht mehr gefunden. Den Verbrecher sah er nicht mehr. Fußspuren zeigten jedoch, daß er durch das Fenster nach dem Tiergarten zu verschwinden war.

Die Einführung der Schlafwagen 3. Klasse auf den deutschen Reichsbahnen wird sobald als möglich, voraussichtlich schon bei der Einführung des Winterfahrplans, d. h. am 26. Oktober erfolgen. Natürlich wird es sich, wie bei jedem Versuche, zunächst nur um die Einstellung weniger Wagen handeln, deren Inneneinrichtung den bisher üblichen Schlafwagen ähnelt. Auf jeder Seite des Abteils sind drei Betten übereinander angeordnet, so daß das Abteil im ganzen sechs Plätze enthält. Die Erfahrungen, die mit diesen neuen Schlafwagen 3. Klasse gemacht werden, sollen dann die Grundlage für den Ausbau der neuen Einrichtung bilden.

Der Konkurs über das Vermögen des Max Klante zu Berlin-Karlshorst, Wilhelmsener Str. 18, und über das Vermögen der Max Klante u. Co., G. m. b. H., zu Berlin-Karlshorst, Berlin, Breslau, Dresden, ist, wie nunmehr auch der Konkursverwalter mitteilt, auf Antrag des Klante selbst eröffnet worden. Gestern wurde die greifbare Konkursmasse, insbesondere acht Rennpferde, zwei Automobile und das Bankguthaben in Berlin-Karlshorst vom Konkursverwalter mit Beschlag belegt. Desgleichen die Räume in der Großen Frankfurter Straße. Das dritte Auto wurde in einer Garage im Westen vorgefunden und sichergestellt. Ein Gläubigerantrag ist entgegen anderer Mitteilung nicht gestellt. Erste Gläubigerversammlung: 12. Oktober 1921. Anmeldefrist: 12. Dezember 1921. Prüfungs-termin: 9. Februar 1922.

SPD. und Konsumgenossenschaft. In der Versammlung der 47. Abteilung wurde, nachdem der Abteilungsleiter zur regen Stadtverordnetenwahlkollation aufgefordert hatte, nachstehende Resolution angenommen: „Die Mitgliedsversammlung spricht den Wunsch aus, die SPD-Fraktion unserer Konsumgenossenschaftsmitglieder möge anregen, um die Einigung und eine gerechte Vertretung aller Mitglieder im Aufsichtsrat zu sichern, daß in der bevorstehenden Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin u. Umgegend eine Neuwahl des gesamten Aufsichtsrates stattfindet. Die drei sozialistischen Richtungen stellen eine gemeinschaftliche Liste auf, in der jede Richtung in gleicher Zahl vertreten ist. Sollte dieser Vorschlag nicht angenommen werden, so wird die SPD-Fraktion ersucht, eine eigene Liste für die ausstehenden Mitglieder aufzustellen. — Voraus ging eine sehr eindrucksvolle Vortrag des Genossen Keller über die sozialistische Bewegung, ihre geschichtliche und kulturelle Bedeutung vorliegend, sowie über die Ergebnisse der Weimarer und Bielefelder Tagungen. Es wäre zu begrüßen, wenn in allen Abteilungen der Vortrag des jungen Genossen Keller zu Gehör käme.“

Das „Verwaltungsjournal der Stadt Berlin“ soll am 1. Oktober b. J. seine Tätigkeit beginnen. Damit tritt eine Einrichtung in Kraft, die der einheitlichen Ausbildung der gesamten Gemeindebeamtenschaft Groß-Berlins Wert und dem Wachstum unserer Gemeindebeamten zum Segen gereichen wird. Allen Beamten, welche Schulbildung sie auch genossen haben, wird damit der Weg des Aufstiegs zugänglich gemacht und ihnen Gelegenheit zur Aneignung der erforderlichen Kenntnisse und zur Ablegung der Nachprüfungen gegeben werden. Soweit ein Bedürfnis für die Verwaltung vorliegt, sollen durch Sonderlehrgänge für technische, Betriebs-, Sozial-, Sparwesen- und Steuerbeamte eingerichtet werden.

Im Berliner Aquarium haufen in mehreren Behältern des Insektariums eine Anzahl von sogenannten Gottesanbeterinnen, die zum Teil schon mit der Eiblage beschäftigt sind. Diese, aus Südamerika und aus Ostafrika stammenden, sonderbar gefalteten Fangschrecken führen ihren Namen von alters her von der Gewohnheit, daß sie auf Beutefangern, ihre Fangarme wie zum Gebet emporheben. Untereinander sehr unverträglich, pfeifen die Weibchen nach der Paarung ihre Männchen gewöhnlich aufzufressen.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Heute abend 8 1/2 Uhr: „Die Wälfur“ von Richard Wagner in der Neuen Welt, Hafenstraße 108/114. Karte 7,50 M.

Frühlicher Fuhrmann-Abend. Am Sonnabend spricht im Harmonium-Saal, Steglitzer Str. 55, der bei der Berliner Arbeiterkassette seit langem bekannte Regisseur Hans Fuhrmann beliebte Dichtungen von Uhlend, Heine, Gleichner, Busch, Koma u. a. Reges Fuhrmann-Rhythmus liegt über der Bühne. Fuhrmann ist bekanntlich aus der Arbeiterjugend hervorgegangen, und so möge nun auch die Jugend zu seinen Veranstaltungen kommen.

Die feierliche Eröffnung des neuen Wilhambra-Parlaments findet am Freitag abend in dem früheren Jugendhofen-Clubhaus am Rixdahl Platz statt. Das Eröffnungsprogramm verspricht außer einer großen Reihe berühmter Dichtungen als besondere Ueberraschung den bekannten unermüdeten Humoristen Otto Kauter. Für die musikalische Leitung ist der Berliner Operettenkomponist Karl Bögel gewonnen worden. Die „Wilhambra“ will zu vollständigen Freuden der Boxierkunst geben.

Jugendveranstaltungen.

Bereich Arbeiter-Jugend. Sekretariat: G.B. 55, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 12 Kappeler rechts. Telefon: Rixdahl 121 68-10.

Morgen, Freitag, den 16. September:

Brig. Jugendheim Charlottenburg 48, Rathaus. Vortrag: „August Bebel“ — Charlottenburg. Jugendheim Kollnsee 44. Vortrag: „Die moderne Arbeiterbewegung“ — Moabit. Jugendheim Wilmersdorf 21, Zimmer 12. Vortrag: „Gottfried Heine“ — Kollnsee-Club. Jugendheim Kollnsee 44. Vortrag: „Reise und Wälfur der Wälfur“ — Schöneberg 11. Jugendheim Schöneberg 10. Vortrag: „Lebensbilder in Bildern“ — Treptow. Jugendheim Ellenstraße 3. Vortrag: „Die russische Revolution von 1905“.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

19. Kreis Kollnsee. Große öffentliche Wähler-Versammlung heute abend 8 Uhr bei Verant. Vorträge: Thema: „Die politische Lage und die Stadtverordnetenwahl“. Referent: Dr. Walter Jochim.

Vor einem Kellnerstreik?

Nach einem Berliner Mittagsblatt sind die Tarifverhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Hotel, Café- und Gastwirtschaftswesen abgebrochen worden. Die Arbeitgeber haben sich zu einem Kartell zusammengeschlossen und hohe Strafen für diejenigen Mitglieder festgesetzt, die entgegen den Kartellbeschlüssen handeln.

Den Arbeitnehmern wurde nach der „B.Z.“ der Vorschlag gemacht, daß die Kellner künftig nur mit Garantiefähigen arbeiten sollten und statt der festen Entlohnung zehn Prozent vom Umsatz erhalten würden. Die Kellner erklärten dagegen, daß sie einen geplanten Zuschlag von zehn Prozent, der jetzt noch extra auf alle Speisen und Getränke erhoben werden soll, auf keinen Fall zulassen würden. Sie verlangten einen festen Wochenlohn. Auf die Frage der von den Gästen freiwillig gezahlten Trinkgelder wollten sie keineswegs eingehen.

15. Generalversammlung der Metallarbeiter

Die Diskussion über den Vorstandsbericht.

Jena, 15. September. (Eigener Drahtbericht des "Vorwärts".) In der gestrigen Nachmittags-Sitzung wurde, wie wir bereits kurz mitteilten, in die Diskussion über Dismanns großes Referat eingetreten. Als Vertreter der SPD-Fraktion führte Genosse Haas-Köln aus:

Seit Stuttgart sehen wir einen gewaltigen Umschwung im allgemeinen Wirtschaftsleben wie auch in unserer Organisation. Von dem radikalen Wortschwall, von der Phrase sind wir zurückgekehrt zur Wirklichkeit auf den Boden der Tatsachen:

vom Wort zur Tat.

Wir haben überwunden das Geschrei nach der Diktatur des Proletariats, wir sind zurückgekehrt auf den sachlichen Boden der Demokratie. (Zustimmung und Widerspruch.) Es war die höchste Zeit, daß wir auf diesen Boden zurückgekehrt sind, allgemein und in unserem Verband.

Redner stellt Ausführungen von Dismann in Stuttgart und vorher auf dem Gewerkschaftstages in Nürnberg seinen heutigen gegenüber, um Dismanns Umstellung festzustellen. Wir zeigen dadurch, sagte Haas, daß der Vorstand durch die Verhältnisse gezwungen war, anders zu handeln, als er in Stuttgart geredet hat. Der Vorstand hat die gleichen Methoden eingeschlagen, wie der frühere Vorstand. In Stuttgart hat Dismann das Wort "revolutionär" sehr häufig gebraucht, heute kaum dreimal. Was ist in Stuttgart den Mitgliedern nicht alles versprochen worden! Man wollte den Verwaltungsstellen ein weitgehendes Selbstbestimmungsrecht geben. Wie ist aber dieses Versprechen eingelöst worden? Wer will behaupten, daß die Mitglieder heute ein größeres Selbstbestimmungsrecht haben als früher? Haas erinnert an die Stellung Dismanns gegenüber den Beschwerden auf dem letzten Verbandstag über die Entlassung der SPD-Angestellten, weil sie den Freunden von Dismann nicht nach dem Munde redeten. Nun habe man gesehen, daß schon nach kurzer Zeit die Freunde Dismanns ebenfalls vielfach in die Wüste geschickt worden seien, weil sie

nicht das richtige Mitgliedsbuch in der Tasche

hatten. Bei uns hieß dies: das ist das Selbstbestimmungsrecht der Verwaltungsstellen! Heute wird dies nicht mehr gesagt. Bei der Entlassung von Kräften im Hauptbüro hat der Vorstand seine Parteifreunde begünstigt.

Die in Stuttgart angenommenen Resolutionen sprachen sich gegen die Arbeitsgemeinschaften aus. Dieses Wort war der Bauman, mit dem man die Mitglieder irreführte. Wir haben schon in Stuttgart gesagt, daß die Arbeitsgemeinschaften die konsequente Fortsetzung unserer Tarifpolitik ist. Der Eisenwirtschaftsbund ist auch eine Arbeitsgemeinschaft. Wir sind in wichtigen Außenhandelsstellen nicht vertreten, wo wir im Interesse der Metallarbeiter wirken könnten. Dort wäre die Vertretung der Metallarbeiter dringend notwendig. (Sehr richtig.) Man soll doch nicht auf halbem Wege stehen bleiben und sich am Wort stützen.

Auch in der Betriebsratsfrage nimmt Dismann heute eine andere Stellung ein. In Stuttgart hat Dismann auch gesagt, die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands sei reif zum Sozialismus. Und er hat dies auf einen Zurschlag hin dreimal unterstrichen. Was er aber heute sagt, klingt ganz anders! In Stuttgart haben meine Freunde so geredet, wie heute Dismann. Wir freuen uns über Dismanns Rede von heute.

Worum hat Dismann nicht früher so geredet?

Es wäre uns manches erspart geblieben. (Sehr, Beifall.) Was Dismann gegenüber den Kommunisten gesagt hat, kann ich nur unterstreichen. Uns trennen grundsätzliche Anschauungen von unseren kommunistischen Freunden. In Russland herrscht nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer kleinen Schicht, die erinnert an das zaristische System. Die Einigung des Proletariats wünschen auch wir von ganzem Herzen. Wir unterschreiben, was Dismann darüber gesagt hat. Ich glaube, daß jetzt die Basis vorhanden ist, auf der wir gemeinsam arbeiten können.

Die Wiedervereinigung des Proletariats

Wird und muß kommen, darum freuen wir uns, daß heute anders gesprochen wurde als in Stuttgart. Wir sind allerdings nicht vom Einigungssinn abgelenkt. Wir glauben, daß die Einigung der SPD und der UEP nicht mehr fern ist. Mit den Kommunisten ist das notwendige geistige Band noch nicht so, daß eine Einigung für die nächste Zeit zu erwarten wäre. Ich hoffe, daß die Kommunisten ihre Ansicht in manchen Fragen revidieren. Vor allem sollten ihre Presseorgane den Kampf mit anständigen Mitteln führen.

Haas schließt seine Ausführungen mit dem Zitat aus Goethes "Faust": "Der Mann, der recht zu wirken denkt, muß auch das beste Werkzeug haben." Für die Metallarbeiter ist das beste Werkzeug unsere Organisation. Bauen wir diese aus zum Wohl der gesamten Metallarbeiter. (Stürmischer Beifall.)

Für die UEP-Delegierten spricht Bezirksleiter Bista-Berlin, der die Politik des Vorstandes verteidigt. Der Vorstand habe sich bei seiner Tätigkeit auf den Boden der Stuttgarter Beschlüsse gestellt und versucht, diese bis zur Grenze des Möglichen zu verwirklichen. Wir haben immer abgelehnt, uns von einer Partei eine bestimmte gewerkschaftliche Taktik vorschreiben zu lassen. (Gelächter.) In politischer Beziehung stehen wir

auf dem Boden der Diktatur des Proletariats

und brauchen uns dessen nicht zu schämen. Wir hatten es für das Recht des Proletariats, bis zur Errichtung einer wirklichen Demokratie die Diktatur anzuwenden.

Der Redner nahm dann Stellung gegen die Kommunisten im Sinne der Ausführungen von Dismann. Er mahnt zur Einigkeit und Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Organisation und empfiehlt, dem Vorstand für seine Arbeitsleistung das Vertrauen des Verbandstages auszusprechen und ihn einmütig wieder mit der Führung der Geschäfte zu betrauen. (Beifall bei der UEP.)

Nach einer achtstündigen Beratung erhielt noch das Wort der Redner der kommunistischen Fraktion Walcher-Berlin. Er erklärte, Dismann habe die Kommunisten als Sündenböcke benützt und auf sie geschlagen. Der Vorstand habe nicht den Mut gehabt, seine in Stuttgart dargelegte theoretische Ausführung in der Praxis durchzuführen. Das Verbandsmitglied wäre

von Schläge auch nicht anders gesteuert

worden wie von Dismann. (Lebhafte Zustimmung.) Schläge habe nur viel konsequenter gehandelt. Es kann nicht mehr so

weitergehen wie bisher. Das Proletariat muß geschlossen dem Kapitalismus gegenüberstehen. Es fällt der kommunistischen Partei niemals ein, ihren Parteigenossen Anweisungen zu geben, wie sie gewerkschaftliche Beschlüsse ausführen sollen. Wir verlangen

eine rückfällige Klassenpolitik.

eine Politik der Rühtheit. Nicht Wiederaufleben des Kapitalismus, sondern Sturz des Kapitalismus und Aufstieg des Sozialismus: das ist unser Ziel. Unser Glaube von der Unvermeidlichkeit der proletarischen Revolution, die Gewißheit, daß die Diktatur des Proletariats eine unvermeidliche Etappe in der Menschheitsentwicklung ist, ist unerschütterlich. Der Sozialismus ist der einzige Rettungsweg der Menschheit. (Lebh. Zustimmung bei den Kommunisten.)

Gewerkschaftsbewegung

Lohnregelung im Ruhrbergbau.

Nachdem in der Sitzung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Bergbau eine Einigung dahingehend erzielt worden ist, daß im Ruhrbergbau eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 10 Mark eintreten soll, haben in der Arbeitsgemeinschaft für Ruhrbergbau Verhandlungen über die Verteilung dieser durchschnittlichen Lohnerhöhung stattgefunden.

Hinsichtlich der Lohnerhöhung für Schichtführer wurde am diesem Tage eine Einigung erzielt. Die Lohnerhöhung beträgt:

a) für Schichtführer über Tage: Für 14-jährige 0,20 M., 15-jährige 0,30 M., 16-jährige 0,40 M., 17-jährige 0,55 M., 18-jährige 0,70 M., 19-jährige 1,05 M., 20-jährige und darüber 1,35 M. je Stunde.

b) für Beihilfen im ersten Jahr 0,20 M., im zweiten Jahr 0,30 M., im dritten Jahr 0,40 M. je Stunde.

c) für Schichtführer unter Tage: Für 16-jährige 4 M., 17-jährige 4,50 M., 18-jährige 5,50 M., 19-jährige 8,50 M., 20-jährige und darüber 11 M. je Schicht.

Hinsichtlich der Bedingearbeiter konnte eine Einigung nicht erzielt werden.

In Einigungsverhandlungen, die sodann auf Antrag des Bergarbeiterverbandes im Arbeitsministerium stattfanden, wurde folgende Vereinbarung getroffen:

Die Bedingearbeiter erhalten vom 1. September 1921 ab eine Zulage auf den Grundlohn in Höhe von 6 M., auf den tariflichen Grundlohn in Höhe von 5 M., zusammen also 11 M.

Die Arbeitgebervertreter verpflichteten sich zur Durchführung dieser Bedingezulagen in der Weise, daß auf der einzelnen Schichtanlage der Hauerdurchschnittslohn vom Oktober 1921 ab gegenüber dem entsprechenden Hauerdurchschnittslohn des Monats Juli 1921 um 11 M. gesteigert wird, wobei jedoch Unterschreitungen für die einzelnen Schichtanlagen bis zum Betrage von 0,50 M. seitens der Arbeitnehmer nicht beanstandet werden sollen. Die Arbeitnehmervertreter setzen jedoch bei ihrem Einverständnis voraus, daß bereits vom September ab eine entsprechende Regelung eintritt. Die Arbeitgebervertreter erklären, daß sie bereit seien, diese Regelung bereits für September durchzuführen, daß sie aber eine Verpflichtung für diesen Monat nicht übernehmen könnten. Mit dieser Erklärung geben sich die Arbeitnehmervertreter zufrieden.

Au der Lohnregelung für Bedingearbeiter sei bemerkt, daß nach dem Tarifvertrag der Lohn der Bedingearbeiter, Kohlen- und Gesteinsarbeiter und Gedingeschlepper, aus dem Grund- und Bedingelohn besteht. Der Grundlohn wird für den ganzen Bezirk einheitlich festgesetzt. Bisher betrug der Grundlohn 27 M.; er ist, wie oben angegeben, um 6 M., mithin auf 33 M. erhöht worden. Der im Bedingelohn zu verrechnende Teil des Lohnes erhöht eine Erhöhung um 5 M.

Krankentaggelungen und Sperrgesetz.

Eine Versammlung der im Zentralverband der Angestellten organisierten Krankentaggelungen Groß-Berlins nahm den Bericht über die bisherigen Verhandlungen wegen der Gehaltsregelung bei den verschiedenen in Betracht kommenden Behörden entgegen. Das Sperrgesetz und die im Anschluß daran erlassene Verfügung des preussischen Wohlfahrtsministers hindern die Krankentaggelungen, den Angestellten die Bezüge zu zahlen, die die Vorstände selbst für angemessen halten. Den Teuerungserhöhungen konnte bisher nur durch Zahlung eines Vorzuschusses entsprochen werden. Diese Regelung genügt aber nicht, zumal auch die Kassen vorstände aus dieser Vorzuschußwirtschaft herauskommen und endlich wissen wollen, welche Bezüge sie den Angestellten zu gewähren haben. In den letzten Tagen fand eine Besprechung im Wohlfahrtsministerium statt, bei der sich herausstellte, daß die ganze Frage immer noch nicht genügend vorbereitet ist. Lebhafte Beifall fanden daher die Ausführungen des Berichterstatters, in denen er der Hoffnung Ausdruck gab, daß ein neuer Wind endlich auch an dieser Stelle grünländliche Lüftung bringen möge. Die von dem Herrn Ministerialrat in Aussicht gestellte Regelung der Gruppierung kann unter keinen Umständen genügen und würde, falls sie wirklich in Vorschlag gebracht werden sollte, sicherlich auf einmütigen Widerstand bei den Kollegen stoßen, die dann nicht zögern wird, mit den schärfsten gewerkschaftlichen Kampfmitteln sich zur Wehr zu setzen. In dieser Hinsicht besteht auch mit der Organisation der Kassen vorstände, dem Verband der Krankentaggelungen Groß-Berlin, keine Differenz.

Um den gegenwärtigen Verhältnissen einigermaßen Rechnung zu tragen, haben sich die Vertreter beider Organisationen darauf geeinigt, zunächst eine Erhöhung der Teuerungszulage vorzunehmen und für die Monate August und September je 200 M. an alle Beschäftigten zu zahlen, ferner die Kinderzulage ab 1. August auf 150 M. für jedes Kind zu erhöhen. Der Verammlung wurde empfohlen, diesen Vereinbarungen zuzustimmen. Unberührt davon bleibt die bisherige Stellungnahme zu dem Sperrgesetz, das auf keinen Fall als für die Angestellten der Krankentaggelungen bestehend anerkannt werden kann. Energisch fortgesetzt werden ferner die Bemühungen, die Regelung nunmehr wirklich "in den nächsten Tagen" zu vollenden.

In der Diskussion kam zunächst der Vertreter des Kassenvorstandes, Schulz, zum Wort, der Übereinstimmung in den grundsätzlichen Fragen feststellte, der aber die Ansicht, in den Streit zu treten, nicht ohne weiteres gutheißen wollte. Soweit Vertreter der Angestellten das Wort nahmen, äußerten sie durchgängig, daß sie sich mit der vorgeschlagenen Regelung nur notgedrungen einverstanden erklären. Sie erwarten, daß die endgültige Regelung nicht mehr länger auf sich warten läßt. Eine in diesem Sinne vorgelegte Entschädigung fand einstimmige Annahme.

Aud wieder: Revolverhelden im Filmstreif.

Die streitenden Kinovorführer verteilten vor den Theatern, in denen Streifbänder arbeiten, Handzettel, um das Publikum aufzuklären. So kam auch ein Sperrkommando nach der Münzstraße zum Biophon-Theater, Inhaber Herr Joch, Vorhänger des Lichtspieltheater-Besitzervereins Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg, außerdem auch Mitglied der Tarifkommission. Als die Streikenden in feindlicher Weise ihre Zettel verteilten, holte Herr Joch aus seinem Theater ein Trüppchen von ungefähr 15 bis 20 mit Revolvern bewaffnete Bur-schen, die über die Streikenden herfielen. Die Angegriffenen suchten Schutz bei der Schupo, welche auch sofort erschien und Herrn Joch auf seine gewöhnliche Handlungsweise aufmerksam machte. Das sind die Waffen der Kinobesitzer! Wäre es umgekehrt, wir hätten das Geschrei hören mögen, das die bürgerliche Presse angemessen hätte.

Wir richten erneut den dringenden Appell an die organisierte Arbeiterschaft Groß-Berlins, nur solche Kintheater zu besuchen, in denen die Forderungen der Vorführer bewilligt sind. Dieselben sind durch gelbe Plakate kenntlich. Vor allem sollte niemand das Biophon-Theater des Herrn Joch besuchen, bis auch dort die Forderungen restlos bewilligt sind.

Tarifstreit im Versicherungsgewerbe.

Der Zentralverband der Angestellten hatte seine Mitglieder der Fachgruppe Privatversicherung nach den Russischen eingeladen, um zu dem am 9. September im Reichsarbeitsministerium erlassenen Schiedsspruch Stellung zu nehmen. Im Voranfeld mußte eine Parallelversammlung abgehalten werden, die ebenfalls überfüllt war. Kollege von Tein gab einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium und das Verhalten des Arbeitgeberverbandes, der es in letzter Zeit nicht mehr fertig gebracht habe, in Verhandlungen mit den Organisationen eine Einigung herbeizuführen. Das Angebot des Arbeitgeberverbandes, nur für die männlichen Angestellten über 20 Jahre eine Erhöhung der Gehälter um 5 Proz. eintreten zu lassen, habe lebhafteste Entrüstung nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich hervorgerufen.

Der hauptberufliche Vorsitzende im Reichsarbeitsministerium habe wohl eine Steigerung der notwendigen Bedürfnisse anerkannt, der Schiedsspruch habe aber auf Sympathien mit dem Arbeitgeberverband hin. Neben einer Erhöhung der Gehälter der über 20 Jahre alten Angestellten um 12 Proz. sei für die männlichen ledigen Angestellten eine monatliche Sonderzulage von circa 42 M. vorgesehen, womit im Widerspruch mit den nicht gekündigten Mantelbestimmungen die unterschiedliche Bezahlung der männlichen und weiblichen Angestellten im Versicherungsgewerbe festgelegt würde. Die Angestellten unter 20 Jahren gingen überhaupt leer aus.

Die Versammlung lehnte nach lebhafter Aussprache einstimmig den Schiedsspruch ab und erwartete, daß der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen unmittelbar mit den Vertretern der Arbeitnehmer in neue kurzfristige Verhandlungen eintrete. Schon heute geloben sie, wenn auch diese neuen Verhandlungen ergebnislos verlaufen, geschlossen bis zum letzten Mann hinter ihrer Organisation zu stehen und auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Mittel nicht zurückzufahren.

„Vornehme“ Arbeitgeber.

Zwei trostlose Fälle unwürdiger Behandlung der Angestellten dürfen der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden, wenn Besserung erzielt werden soll.

Dem Inhaber der Firma J. Landau, Haaser Str. 72, sind Ausdrücke wie: „Alles Weibergut“, „vollgefressene Nichtstauer“ seinem Personal gegenüber sehr häufig. Von streifender Unterhaltung der Bedienung über Lebensführung und -sinn ist er auch kein Freund. Eine Verkäuferin, die 5 Minuten nach 7 Uhr den Laden geschlossen hatte, wurde deswegen noch einer anderen Mißhandlung (Widerhülle) verurteilt, wo sie nunmehr Sonntags von 8 bis 9½ Uhr tätig sein muß.

Der Generalvertreter der Firma Dr. Max Boemer u. Co., Dietrichstr. 47, hat die Gewohnheit, mit den gemeinsten Redensarten sein Personal anzupöbeln. Ein ganzes Schimpfwörterlexikon ließe sich von den Kraftausdrücken dieses Herrn zusammensetzen. Seine beliebtesten Ausdrücke sind „politischer Affenknudel“, „Du bist wohl ned“ (verrückt), „Schwein“ und „Expedient wie'n Hund wurst“. Wir überlassen das Urteil über diese beiden Prinzipale der Öffentlichkeit.

Metallarbeiterausperrung in Sachsen?

Aus Dresden meldet M.T.B. unter dem 14. September: Der Arbeitgeberverband der Metallindustrie beschloß heute Abend, die Arbeiter auch in den bisher nicht vom Streik betroffenen Betrieben der Metallindustrie am 16. d. M. auszusperrern, wenn bis Freitag früh die Arbeit von den Streikenden nicht wieder aufgenommen wird. Von der Aussperrung würden etwa 40 000 Arbeiter betroffen werden.

Der Potsdamer Elektrizitätsstreik, über den wir am Sonnabend berichteten, ist beigelegt worden. Das Potsdamer städtische Presseamt meldet, daß ein großer Teil der Arbeiter nicht wieder eingestellt werden konnte, daß aber einzelne Arbeitstellen offen geblieben wurden. Die Streikenden, die wieder eingestellt wurden, mußten zu den Bedingungen wie die Neueingestellten ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Die Stuttgarter Straßenbahnanestellten haben den Schiedsspruch über ihre Lohnforderungen mit 1620 gegen 62 Stimmen abgelehnt und sind in den Ausstand getreten.

Zentralverband der Angestellten. Freitag Versammlung aller Mitglieder des Zentralverbandes, Niederbarnimer- und Johannisthal, 7½ Uhr. In der Halle der Gewerkschaften, Niederbarnimer- und Johannisthal, 7 Uhr. Öffentliche Versammlung, 7 Uhr. Müllerstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — Chemische Arbeiter-Einigung: Mitglieder-Versammlung, 7 Uhr. Hohenzollernhof, Hohenzollern-Str. 11/12. — Textil, Bekleidung, Leder: Fachgruppenversammlung, 7 Uhr. Müllerstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

Deutscher Holzarbeiterverband. Freitag 4½ Uhr im Arbeiterlokal, Pungestraße 30: Versammlung aller Holzarbeiter aus den Privat- und Kleinbetrieben. Bericht von den Verhandlungen.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgebung. Einmal wieder, veränderlich, überwiegend bewölkt mit wiederholten Regenschauern und südwestlichen Winden.

Verantwortlich für den Inhalt: Stell. Vize: Walter Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Gieseler, Berlin; Verlags-Gesellschaft G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Papierfabrik H. Gieseler & Co. Berlin, Unter den Linden 11.

Schlechtsitzende Korsette

worden nach jeder Figur, passend unter Garantie, tadelloso umgearbeitet

Reparaturen, Änderungen u. Korsettwäsche jeglicher Art übernimmt u. führt äußerst preiswert aus
Korsettfabrik Richard Necke

1. Geschäft: Berlin - Karlshorst, Treckow-Allee 63
2. Geschäft: Berlin - Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 30
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23
Ecke Alte Jakobstraße 124B

Möbel-Angebot.

Schöne Möbelherstellung Spezial-Ein- u. Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen Anoverschlag bei möglicher Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Dr. Postgegend 172, Postamt 0 27. Keine Kaffeezer.

Größte Auswahl.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehende

Trauringe
1 Trauring, Duk. gold, von 75 M. an
1 Trauring, Duk. gold (schwere A.) 260 M.
1 Ring, 333 gest., von 65—200 M.
1 Ring, 333 gest., von 30—100 M.
Garantiechein l. gesetzl. Goldinhalt.
Ankauf v. Gold-, Silber-, Platinbruch
infolge Selbstverwertung zu denkbar günstigen Preisen!
Brillanten zum Auslandskurs.

H. Wiese, Juwelier, Artilleriestr. 30. Telefon: 1030

Krause Pianos zu Miete

Ansbacher Straße 1,
Ecke Kurfürstenstraße

Zeitraum 1924

H. Graf, Leipzig, Str. 75 11

Höchste Befehlung

Diskret, Reelle

Gelegenheits-

Käufe, Ueber-

brillanten,

Schmuckstücken.

10—30% unter Ladenpr.

Gurkofix

feinster Gurkensalat

Überall erhältlich!

Carl Timmer, Essig-, Most- und

Konservenfabrik

Berlin, Büchlingstr. 6

Zeitraum 1924

H. Graf, Leipzig, Str. 75 11

Höchste Befehlung

Diskret, Reelle

Gelegenheits-

Käufe, Ueber-

brillanten,

Schmuckstücken.

10—30% unter Ladenpr.

Zeitraum 1924

H. Graf, Leipzig, Str. 75 11

Höchste Befehlung

Diskret, Reelle

Gelegenheits-

Käufe, Ueber-

brillanten,

Schmuckstücken.

10—30% unter Ladenpr.